

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

23.05.2018

Ausschussbetreuender Fachbereich

Kommunalverfassung, Ratsbüro

Schriftführung

Katrin Klaes

Telefon-Nr.

(0 22 02) 14 22 37

Niederschrift

Rat der Stadt Bergisch Gladbach
Sitzung am Dienstag, 08.05.2018

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:02 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

17:33 Uhr – 17:34 Uhr

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1** **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

- 2** **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**

- 3** **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 06.03.2018 - öffentlicher Teil**
0132/2018

- 4** **Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 5** **Digitale Langzeitarchivierung: Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung**
0144/2018

- 6 Digitalisierung/Organisationsuntersuchung**
0147/2018
- 7 Änderung der Elternbeitragssatzung**
0131/2018
- 8 Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit der Immobilien- und Standortgemeinschaft Hauptstraße e.V.**
0149/2018
- 9 Beschluss der Satzung über die Festlegung des Gebietes der Immobilien- und Standortgemeinschaft Hauptstraße e.V. und über die Erhebung von Abgaben nach dem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW)**
0150/2018
- 10 Integriertes Handlungskonzept Bensberg**
- Beschluss zum programmjahrbezogenen Förderantrag 2018 des InHK Bensberg
0101/2018
- 11 Bebauungsplan Nr. 1521 - Diepeschrather Weg -**
- Beschluss zu den Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung
- Beschluss zu den Stellungnahmen aus der 1. öffentlichen Auslegung
- Beschluss zu den Stellungnahmen aus der 2. öffentlichen Auslegung
- Beschluss als Satzung
0125/2018
- 12 Einwohnerfragestunde**
0152/2018
- 13 Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten der Stadt Bergisch Gladbach, hier: Vertretung der Stadt in der Verbandsversammlung des Strundeverbandes**
0083/2018
- 14 Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**
- 14.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 19.04.2018 (eingegangen am 19.04.2018) auf Umbesetzung in Ausschüssen**
0156/2018
- 14.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 23.04.2018 (eingegangen am 23.04.2018) auf Umbesetzung in Ausschüssen**
0157/2018
- 14.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 19.03.2018 (eingegangen am 24.04.2018) auf Umbesetzung in Ausschüssen**
0159/2018
- 14.4 Antrag der CDU-Fraktion vom 24.04.2018 (eingegangen am 24.04.2018) auf Umbesetzung in Ausschüssen**
0161/2018
- 14.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 28.04.2018 (eingegangen am 30.04.2018) auf Umbesetzung in Ausschüssen**

15 Anträge der Fraktionen

15.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 23.04.2018 (eingegangen am 23.04.2018) "Kinderbetreuung verbessern - Betreuungsvielfalt und Flexibilität ausbauen!"
0158/2018

15.2 Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vom 23.04.2018 (eingegangen am 24.04.2018) "Heimatförderung"
0160/2018

16 Anfragen der Ratsmitglieder

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Urbach eröffnet um 17:00 Uhr die 25. Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach in der IX. Wahlperiode. Er stellt fest, dass die Sitzung ordnungsgemäß einberufen worden und dass der Rat beschlussfähig sei.

Herr Urbach informiert darüber, dass Herr Galley sein Mandat soeben mit Wirkung zum 31.08.2018 niedergelegt habe.

Für die heutige Sitzung seien Herr Kreutz (SPD-Fraktion), Frau Dr. Rüdig (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) und Frau Misini (Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL) entschuldigt. Ferner fehlen Herr Kühl (CDU-Fraktion) und Herr Schütz.

Frau Gerhardus ist ab 17:02 Uhr, Herr Kraus ab 17:07 Uhr, Frau Casper und Herr Santillán ab 17:09 Uhr und Herr Schade ab 17:17 Uhr anwesend.

Herr Santillán verlässt die Sitzung nach TOP Ö 16 um 17:55 Uhr.

Seitens der Verwaltung seien Herr Widdenhöfer, Frau Sprenger und Herr Kremer entschuldigt.

Herr Widdenhöfer werde durch Herrn Cürten und Frau Sprenger durch Herrn Honecker vertreten.

Als Unterlagen der heutigen Sitzung benennt Herr Urbach

- die Einladung vom 25.04.2018 mit den dazugehörigen Vorlagen und der Anlage zur Tagesordnung

- die aktualisierte Fassung der Anlage zur Tagesordnung für die Sitzung des Rates am 08.05.2018, in die die Beratungsergebnisse aus den Sitzungen des AUKIV am 24.04.2018 und des HFA am 03.05.2018 eingefügt wurden,

- der Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 28.04.2018 auf Umbesetzung in Ausschüssen, der nach Fristablauf bei der Verwaltung eingegangen ist und daher bei der Aufstellung der Tagesordnung nicht berücksichtigt werden konnte.

Herr Urbach erläutert, er habe in seinem Schreiben vom 04.05.2018 angekündigt, er werde den Antrag bei der Aufstellung der Tagesordnung der Ratssitzung am 10.07.2018 berücksichtigen. Gegen diese Ankündigung habe die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL sich gewehrt. Sie werte den Antrag als Antrag zur Sache, der jederzeit zu jedem Tagesordnungspunkt gestellt werden könne, und nicht als Vorschlag zur Tagesordnung, der dem Bürgermeister spätestens zwei Wochen vor dem Sitzungstag zugehen müsse. Herr Urbach wertet dies genau andersherum. Er sei nicht dafür bekannt, dass er sich von Klageandrohungen, die die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL auch im vorliegenden Fall wieder ausgesprochen habe, beeinflussen lasse. Er kündigt daher an, dass er dem Rat künftig für alle Anträge auf Ausschussumbesetzung, die auf Grund eigenen Verschuldens der betreffenden Fraktion verfristet bei ihm eingehen würden, vorschlagen werde, die Tagesordnung nicht zu erweitern, da es hierfür regelmäßig an der dafür erforderlichen Dringlichkeit fehle. Alle Fraktionen und Ratsmitglieder seien hiermit aufgefordert, die in der Geschäftsordnung geregelte Frist – „spätestens zwei Wochen vor dem Sitzungstag“ – für ihre Vorschläge zur Aufstellung der Tagesordnung einzuhalten. Die Tagesordnung wird einvernehmlich um den TOP Ö 14.5 – Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 28.04.2018 (eingegangen am 30.04.2018) auf Umbesetzung in Ausschüssen – erweitert.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Einwendungen werden nicht vorgetragen.

Damit gilt die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 06.03.2018 (öffentlicher Teil) als genehmigt.

3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 06.03.2018 - öffentlicher Teil**
0132/2018

Die Mitglieder des Rates nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Es liegen keine Mitteilungen des Bürgermeisters für den öffentlichen Teil vor.

5. **Digitale Langzeitarchivierung: Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung**
0144/2018

Herr Komenda fragt, ob 0,5 Terabyte für die digitale Langzeitarchivierung ausreichen.

Herr Möller antwortet, die 0,5 Terabyte seien mit Herrn Dr. Eßer abgesprochen und das Volumen könne im Lauf der Zeit noch erhöht werden.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Rat stimmt dem Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Köln zu.

6. **Digitalisierung/Organisationsuntersuchung**
0147/2018

Herr Krell appelliert an die CDU- und die SPD-Fraktion, das Thema nicht bis zu den Haushaltsberatungen zu verzögern.

Herr Waldschmidt erinnert daran, die Vertagung sei auf Grund der Intervention Herrn Urbachs nicht bis zu den Haushaltsplanberatungen, sondern nur bis zur nächsten Sitzung beantragt worden. Zwischenzeitlich habe die SPD-Fraktion eine Fraktionssitzung anberaumt, zu der Herr Möller zur Klärung der offenen Fragen eingeladen sei.

Herr Samirae erklärt, die Digitalisierung müsse vorangetrieben werden. Sie biete die Gelegenheit, viele junge Kollegen in die Verwaltung zu holen, die die Prozesse gestalten könnten. In anderen Kommunen würden beispielsweise Rats- und Ausschusssitzungen per Videokamera aufgezeichnet und im Internet für die interessierte Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Es solle eine generelle Diskussion über die Teilhabe- und Informationsmöglichkeiten der Bürger erfolgen.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und die FDP-Fraktion sowie den Bürgermeister folgenden **Beschluss**:

Die Vorlage Nr. 0147/2018 – Digitalisierung/ Organisationsuntersuchung – wird vertagt.

7. **Änderung der Elternbeitragsatzung**
0131/2018

Herr Santillán beantragt, dass nicht nur die monatliche Beitragsobergrenze jährlich um 3 %, sondern auch die beitragsfreie Einkommensgrenze jedes Jahr um 10 % angehoben werde.

Herr Samirae erinnert an die Demonstration von Eltern vor dem Rathaus, die sich angesichts fehlender Betreuungsplätze mit drohender Arbeitslosigkeit konfrontiert gesehen hätten. Es sei der falsche Weg, jetzt die Elternbeiträge zu erhöhen, bei denen die Stadt ohnehin bereits einen Spitzenplatz in NRW einnehme; vielmehr müssten weitere Betreuungsplätze geschaffen werden, da die Versorgungsquote lediglich bei 70 % liege. Es lägen mehrere Anträge von Bauträgern zu neuen Betreuungsangeboten vor, bei denen trotz abgeschlossener Planung und vollständiger Unterla-

gen keine Rückmeldung seitens der Stadt erfolgt sei. Er bittet darum, derartige Anträge kurzfristig zu bescheiden.

Herr Urbach weist auf die Unterscheidung zwischen Offenen Ganztagschulen und Kindertagesstätten hin.

Herr Buchen bittet darum, beim Thema der Vorlage zu bleiben. Es handele sich hier bei der monatlichen Obergrenze der Elternbeiträge um eine Vorgabe des Landes, die von der Stadt übernommen werden solle.

Herr Klein weist darauf hin, dass die Beiträge für Offene Ganztagschulen und für Kindertagesstätten aneinander angelehnt seien. Es sei sinnvoll, nicht nur die monatliche Beitragsobergrenze, sondern auch die Untergrenze anzupassen, wie Herr Santillán vorgeschlagen habe. Da die Stadt ihre eigene Satzung beschließen könne, bittet er um Abstimmung über den Antrag Herrn Santilláns.

Herr Santillán erklärt, lediglich ein jährliches Einkommen von bis zu 20.000 Euro sei beitragsfrei, und dies sei für eine Familie mit Kindern wenig. Diese Grenze sei seit Jahren unverändert und solle pauschal auf 30.000 oder 25.000 Euro erhöht oder jährlich automatisch den steigenden Lebenshaltungskosten angepasst werden. Er sei damit einverstanden, wenn die Verwaltung diese Möglichkeit wenigstens prüfe.

Für den Antrag Herrn Santilláns, die beitragsfreie Einkommensgrenze jährlich um 10 % zu erhöhen, stimmen die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, Herr Santillán und eine Stimme aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN. Die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die übrigen Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, die FDP-Fraktion und die mitterechts-Fraktion stimmen dagegen.

Der Rat fasst damit mehrheitlich folgenden **Beschluss**:

Der Antrag Herrn Santilláns auf jährliche Erhöhung der beitragsfreien Einkommensgrenze um 10 % wird abgelehnt.

Sodann fasst der Rat mehrheitlich gegen die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und die mitterechts-Fraktion sowie Herrn Santillán bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss**:

- 1. Die monatliche Obergrenze der Elternbeiträge für Schulkinder, die das Außerunterrichtliche Angebot im Offenen Ganztage an den städtischen Grundschulen besuchen, wird von 180 EUR auf 185 EUR angehoben. Ab dem 01.08.2019 erhöht sich diese Obergrenze jährlich zum 01.08. um jeweils 3 % (kaufmännisch auf volle Euro gerundet).**
- 2. Die Satzung der Stadt Bergisch Gladbach zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern wird in der Fassung der IX. Nachtragssatzung geändert.**
- 3. Die geänderte Satzung tritt zum 01.08.2018 in Kraft.**

8. Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit der Immobilien- und Standortgemeinschaft Hauptstraße e.V.

0149/2018

Herr Urbach berichtet, auf Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN habe die Verwaltung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 03.05.2018 zugesagt, bis zur Sitzung des Rates am 08.05.2018 die folgende Prüfung vorzunehmen:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Sitzung des Rates am 08.05.2018 zu prüfen, ob § 2 Absatz 2 des Entwurfes der Satzung über die Festlegung des Gebietes der Immobilien- und Standortgemeinschaft Hauptstraße e.V., der als Anlage 1 Bestandteil des öffentlich-rechtlichen Vertrages ist, um den folgenden dritten Spiegelstrich ergänzt werden kann:

- Klimaverbesserung durch signifikante Begrünung.

Die Prüfung der Verwaltung habe ergeben, der Entwurf der Satzung sei allen beteiligten Grundstückseigentümerinnen/ -eigentümern und Erbbauberechtigten als eine der Anlagen der schriftli-

chen Information über die Einleitung des Satzungsverfahrens zugesendet worden (gem. § 3 Abs. 3 ISGG NRW). Auf dieser Grundlage sei darüber abgestimmt worden, ob der Satzung mit der erforderlichen Mehrheit zugestimmt werde. Eine nachträgliche Änderung der Satzung würde das Quorum ungültig werden lassen. Zudem sei der Entwurf der Satzung Bestandteil der Offenlage und der Beteiligung der Träger der öffentlichen Belange gewesen. Eine Änderung des Satzungsentwurfes würde eine erneute Beteiligung der Grundstückseigentümerinnen/ -eigentümer und Erbbauberechtigten erforderlich machen. Die Gründung der ISG sei neben der politischen Beteiligung in großem Maße durch den Willen und die Abstimmung Privater geprägt. Es würden private Beiträge für die Maßnahmen im öffentlichen Raum aufgebracht. Wie die Eigentümer-Beteiligung bei einer erneuten Abstimmung ausfallen würde, sei schwer einzuschätzen. Aus Sicht der Verwaltung spreche die sehr geringe Widerspruchsquote von einer hohen Akzeptanz und der Anerkennung, zu der auch die letzte ISG maßgeblich ihren Beitrag geleistet habe. Daher rate er von einer Änderung der Satzung ab.

Herr Außendorf dankt für die kurzfristige Prüfung. Seine Fraktion sei mit dem Verfahren nicht einverstanden, da ihr das Thema erstmalig mit der Vorlage für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses begegnet sei und jetzt keine Möglichkeit der Einflussnahme bestehe. Inhaltlich habe er keine Einwände gegen die Satzung, erachte aber die Formulierung von lediglich zwei Zielen für zu mager. Er beklagt die zunehmende Gestaltung der Innenstadt mit Beton, etwa im Forumpark, an der Schnabelsmühle und in der Fußgängerzone als solcher. Daher befürworte seine Fraktion als kleinen Impuls die Aufnahme der Begrünung als Ziel in die Satzung und werde die Satzung in ihrer vorgeschlagenen Fassung ablehnen.

Herr Urbach erinnert daran, der Haupt- und Finanzausschuss und der Rat hätten in den Sitzungen im Dezember 2017 die Einleitung des Satzungsverfahrens beschlossen; das Maßnahmen- und Finanzierungskonzept habe dabei vorgelegen. Einzig der Satzungstext sei damals noch nicht Gegenstand der Beratungen gewesen. Hier hätte die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN ihren Wunsch der „Klimaverbesserung durch signifikante Begrünung“ einbringen können.

Herr Klein bemängelt neben der von Herrn Außendorf angesprochenen Problematik auch das Fehlen eines Gesamt- oder Marketingkonzepts in der Stadt Bergisch Gladbach. Er habe bereits vor langer Zeit Anträge zur Erstellung eines Marketingkonzepts gestellt, damit Vorgaben erarbeitet würden, die solche Problematiken wie in der Hauptstraße nicht aufkommen lassen sollten. Jetzt solle in einem eng umgrenzten Bereich der Stadt den ansässigen Händlern die Handlungsfreiheit übertragen werden, und die Stadt fungiere lediglich als Geldsammler und gebe ansonsten ihre Kompetenz auf. Er regt an, dieses Konzept zu überdenken und für den gesamten Stadtbereich ein Marketingkonzept zu erstellen. Daran hätten die Händler sich zu halten und könnten in ihrem Zuständigkeitsbereich eigene Ideen entwickeln und Gestaltungen vornehmen, ohne ein kompliziertes Verfahren durchführen zu müssen.

Herr Urbach betont die Besonderheit der Existenz dieser ISG. Sie sei landesweit eine der ersten Immobilien- und Standortgemeinschaften und die erste, die den zweiten Schritt unternahme. Die Immobilieneigentümer seien bereit, in erheblichem Umfang private Mittel für die Verbesserung des öffentlichen Raums einzusetzen. Dafür spreche er den Eigentümern und den Kolleginnen und Kollegen des SEB AöR seinen Dank aus.

Herr Samirae wertet die Ausführungen Herrn Kleins als Antrag, dass neben dem Beschluss über die Satzung auch ein Marketingkonzept entwickelt werden solle, damit der lokale Handel wettbewerbsfähiger gegenüber dem Onlinehandel werde. Die Stadt Langenfeld habe ein solches Konzept aufgelegt, und es sei sehr erfolgreich angelaufen. Dort sei der ansässige Einzelhandel über die städtische Internetseite angebunden. Hier sei die Unterstützung durch die Stadt gefordert, damit die Umsätze der Einzelhändler nicht so weit einbrächen, dass es in einigen Jahren 10 oder 20 Prozent weniger Einzelhändler in der Stadt gebe. Es sei also ein weiter gehender Antrag gestellt worden: Es sei die Satzung zu beschließen, und die Stadt möge zur Stärkung des Einzelhandels ein Marketingkonzept auflegen.

Herr Kraus kann die Kritik Herrn Kleins an der ISG nicht nachvollziehen. Er bezeichnet deren Vorhaben, mit privaten Mitteln den öffentlichen Raum zu verbessern, als sehr löblich. Er empfiehlt

Herrn Klein, dazu einen schriftlichen Antrag zu stellen, statt ein konkret laufendes Verfahren aufzuhalten. Er unterstütze den Kerngedanken Herrn Außendorfs, sieht in dessen Vorgehen jedoch lediglich eine Verhinderung des konkreten Verfahrens.

Herr Dr. Metten bezeichnet die aktuelle Debatte als populistisch. Hier werde ein Kardinalfehler begangen, indem das Engagement der Immobilieneigentümer und Händler kritisiert werde. Dies gehe in die falsche Richtung. Vielmehr solle der Rat dankbar dafür sein, dass Händler und Unternehmer ein solches Engagement entfalteteten, da dies die Basis einer erfolgreichen Stadtentwicklung sei. In Hamburg beispielsweise werde die gesamte Stadtentwicklung durch den Zusammenschluss „Business Improvement District“ durchgeführt, der einer nordrhein-westfälischen Immobilien- und Standortgemeinschaft vergleichbar sei. Dort flössen hohe zweistellige Millionenbeträge allein aus privater Hand in den öffentlichen Raum. Herr Dr. Metten hätte Schwierigkeiten damit, seitens der Stadt ein Marketingkonzept zu entwickeln und den Händlern aufzuzwingen. Dies müsse in umgekehrter Richtung erfolgen. Es sei illusorisch anzunehmen, eine Erwähnung oder Vernetzung des örtlichen Einzelhandels auf der städtischen Internetseite führe zu einer größeren Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Onlinehandel.

Herr Santillán befürwortet die Idee eines städtischen Marketingkonzepts, möchte das Thema aber nicht im Rahmen der Beratung über die ISG (TOP 8 und 9) behandeln. Er weist Herrn Kraus darauf hin, dass Anträge der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL häufig zunächst durch den Rat abgelehnt worden seien, um einige Zeit später durch eine andere Fraktion eingebracht zu werden.

Herr Samirae berichtet, seine Fraktion habe sich bei anderen Kommunen über eine mögliche Verbesserung der Chancen des Einzelhandels gegenüber dem Onlinehandel informiert. Dort seien Marketingkonzepte erarbeitet worden, teils auch in Zusammenarbeit mit der Stadt. Er versichere, der Einzelhandel in Bergisch Gladbach würde sich freuen, wenn die Stadt ein integriertes Konzept annähme. Herr Samirae wendet sich an Herrn Kraus und kündigt einen Antrag an. Er wisse schon jetzt, dass Herr Kraus und die CDU-Fraktion diesen ablehnen und später umformuliert ihrerseits einbringen würden, wie es etwa bei der LED-Beleuchtung geschehen sei. Eben deshalb liege die Stadt bei der Digitalisierung weit zurück und sei hoch verschuldet, weil die CDU-Fraktion Dinge, die gemacht werden müssten, aus Gründen der Uneinsichtigkeit, Sturheit oder Intoleranz zurückstelle. Am Haushalt sehe man, dass ein solches Verhalten nicht immer im Sinne der Allgemeinheit sei.

Herr Außendorf stellt klar, sein Antrag beziehe sich auf eine Klimaverbesserung. Diese habe auch mit Klimaschutz zu tun, es gehe jedoch vorrangig um eine Erhöhung der Aufenthaltsqualität in der Fußgängerzone. Bei steigenden Temperaturen und geringer Bepflanzung werde das Klima dort unangenehmer. Vor der Neugestaltung der Fußgängerzone habe es Unterschriftenaktionen gegeben, weil die Bürger sich eine grünere Fußgängerzone wünschten und diese durch eine Bepflanzung angenehmer und freundlicher würde. Dies diene letztlich auch der Förderung des örtlichen Handels.

Herr Krell erinnert daran, man behandle gerade den Tagesordnungspunkt 8 - Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit der Immobilien- und Standortgemeinschaft Hauptstraße e.V. – und darüber solle abgestimmt werden. Ein Konzept für den Einzelhandel in der digitalen Welt sei ein völlig anderes Thema, bei dem die Stadt eventuell katalysatorisch wirken könne, das aber von der Händlerschaft ausgehen und erstellt werden müsse. Er bittet um eine Rückkehr zur Tagesordnung.

Herr Klein antwortet Herrn Kraus, seine Fraktion habe bereits einen Antrag zu einem Marketingkonzept gestellt, er sei jedoch abgelehnt worden. Er werde ihn gerne in modifizierter Form erneut einbringen. Herr Klein kann anders als Herr Dr. Metten in der aktuellen Debatte keine populistischen Züge erkennen. Es hätten sich 30 % der betroffenen Händler gegen das beabsichtigte Verfahren geäußert. Es sei kein Populismus, 30 % einer betroffenen Gemeinschaft ernst zu nehmen. Umgekehrt sei es nicht demokratisch, diese 30 % nicht ernst zu nehmen.

Herr Buchen bittet neben einer Rückkehr zur Tagesordnung auch darum, Sachfragen in den zuständigen Fachausschüssen zu besprechen. Wenn eine Ratssitzung mit einer übersichtlichen Tagesordnung durch Pseudo-Diskussionen aufgeblasen werde, entstehe der Eindruck von Populismus.

Herr Waldschmidt schließt sich den Ausführungen Herrn Buchens an. Die Debatte im Haupt- und Finanzausschuss habe höchstens fünf Minuten lang gewährt und habe mit einem einstimmigen Beschluss bei einer Enthaltung geendet, deshalb sei die jetzige Diskussion über mindestens eine Viertelstunde unangemessen.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, Herrn Santillán und eine Stimme aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL bei Enthaltung je einer Stimme aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL folgenden **Beschluss**:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, mit der Immobilien- und Standortgemeinschaft Hauptstraße e.V. den der Vorlage als Anlage beigefügten öffentlich-rechtlichen Vertrag über die Umsetzung der Maßnahmen im Bereich der Immobilien- und Standortgemeinschaft „ISG Hauptstraße e.V.“ gem. § 3 Abs. 6 des Gesetzes über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW) abzuschließen.

Herr Urbach unterbricht die Sitzung von 17:33 Uhr bis 17:34 Uhr, um den öffentlich-rechtlichen Vertrag für die Stadt Bergisch Gladbach zu unterzeichnen, damit der Rat sodann die Satzung beschließen kann.

9. Beschluss der Satzung über die Festlegung des Gebietes der Immobilien- und Standortgemeinschaft Hauptstraße e.V. und über die Erhebung von Abgaben nach dem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW)
0150/2018

Der Rat fasst mehrheitlich gegen Herrn Santillán, sieben Stimmen aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und eine Stimme aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL bei Enthaltung je einer Stimme aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL folgenden - im Vergleich mit dem Beschlussvorschlag der Vorlage - geänderten **Beschluss**:

Die Satzung über die Festlegung des Gebietes der Immobilien- und Standortgemeinschaft und über die Erhebung von Abgaben nach dem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW) wird in der der Vorlage als Anlage beigefügten Entwurfsfassung beschlossen.

Die Verwaltung wird ermächtigt und beauftragt, vor der öffentlichen Bekanntmachung notwendige redaktionelle Änderungen in die Satzung einzuarbeiten.

10. Integriertes Handlungskonzept Bensberg
- Beschluss zum programmjahrbezogenen Förderantrag 2018 des InHK Bensberg
0101/2018

Herr Santillán begrüßt grundsätzlich die Entwicklung des Integrierten Handlungskonzepts. Er störe sich allerdings an der externen Auftragsvergabe, da es doch den Stadtentwicklungsbetrieb gebe, der ebenfalls mit der Stadtentwicklung befasst sei und zumindest die Erstellung des Konzepts leisten solle, da es sich um ein zentrales Thema handle. Er bittet zu überdenken, ob die Beratung und Entwicklung stadtverwaltungsintern oder im SEB AöR geleistet werden könne, um die Bedeutung der Stadtentwicklung zu betonen.

Herr Ebert stellt klar, Gegenstand der heutigen Beratung sei nicht die Aufstellung eines Entwicklungskonzepts, denn das InHK bestehe bereits, sondern vielmehr die Beantragung von Fördermit-

ten für das Jahr 2018. Es gehe also nicht um Ausgaben, sondern um Einnahmen für ein Projekt, das bereits ausführlich diskutiert und mit großer Mehrheit beschlossen worden sei.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Verwaltung wird damit beauftragt, auf der Grundlage des InHK Bensberg, des Grundförderbescheides der Bezirksregierung Köln vom 31.08.2017 und des Programmjahrtrags 2018 für aktive Stadt- und Ortsteilzentren die beantragten Einzelmaßnahmen weiter planerisch zu qualifizieren und nach den jeweiligen förderbezogenen Zusagen die Umsetzung anzustreben.

11. **Bebauungsplan Nr. 1521 - Diepeschrather Weg -**
- Beschluss zu den Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung
- Beschluss zu den Stellungnahmen aus der 1. öffentlichen Auslegung
- Beschluss zu den Stellungnahmen aus der 2. öffentlichen Auslegung
- Beschluss als Satzung
0125/2018

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, Herrn Santillán und eine Stimme aus den Reihen der der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL folgenden **Beschluss**:

- I. **Den im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung des Bebauungsplans Nr. 1521 – Diepeschrather Weg – gem. § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) eingereichten Anregungen von**
B1 wird nicht entsprochen,
B2 wird nicht entsprochen,
T1 Wupperverband wird entsprochen,
T2 Rheinische NETZGesellschaft wird entsprochen,
T3 Rheinisch-Bergischer Kreis wird teilweise entsprochen,
T4 LVR Rheinische Bodendenkmalpflege wird entsprochen.
- II. **Den im Rahmen der 1. öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans Nr. 1521 – Diepeschrather Weg – gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) eingereichten Anregungen von**
T1 LVR-Amt für Bodendenkmalpflege wird entsprochen,
T2 Rheinisch-Bergischer Kreis wird teilweise entsprochen,
T3 PLEdoc GmbH wird entsprochen.
- III. **Den im Rahmen der 2. öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans Nr. 1521 – Diepeschrather Weg – gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) eingereichten Anregungen von**
T1 Rheinisch-Bergischer Kreis wird teilweise entsprochen.
- IV. **Der Bebauungsplan Nr. 1521 – Diepeschrather Weg – wird gemäß § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 GO NRW unter Beigabe der Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB als Satzung beschlossen.**

12. **Einwohnerfragestunde**
0152/2018

Herr Urbach erklärt, es liege eine Einwohnerfrage von Herrn Graf vor.

Herr Graf verliest seine Fragen, und Herr Urbach beantwortet diese wie folgt:

1. Frage von Herrn Graf:

„Sehr geehrter Herr Urbach, leider sind Sie meine Anfragen vom 13.02.2018 bis heute trotz Informationsfreiheitsgesetz nicht bereit zu beantworten. Deshalb und um irgendwelchen Klagen, die Sie ja schon bekanntlich nicht ernst nehmen, vorzugreifen, habe ich mich auf die Möglichkeit der Einwohnerfragestunde zu begnügen. Alle Fragen beziehen sich weiterhin auf die Broschüre zum Flächennutzungsplan. Wie oft hat die Stadt Bergisch Gladbach in den vergangenen vier Jahren Broschüren über das Bergische Handelsblatt verteilen lassen?“

Antwort der Verwaltung:

„Sieben Mal.“

2. Frage von Herrn Graf:

„Wie oft kam es dabei zu Beschwerden, dass die jeweiligen Broschüren nicht angekommen sind?“

Antwort der Verwaltung:

„Bis auf die Verteilung in der zweiten Kalenderwoche dieses Jahres liefen alle zurückliegenden Verteilaktionen ohne dem Bergischen Handelsblatt bekannte Reklamationen ab.“

Nachfrage von Herrn Graf:

„Wie kann es sein, dass dann die Pressestelle der Stadt dazu eine andere Aussage tätigt?“

Antwort von Herrn Urbach:

„Das ist die Antwort, die ich aus dem Bereich der Pressestelle bekommen habe.“

3. Frage von Herrn Graf:

„Wieviel hat die Verteilung der Broschüre zum Flächennutzungsplan gekostet?“

Antwort der Verwaltung:

„Druck und Verteilung der Broschüre haben rund 5.700,- Euro gekostet.“

4. Frage von Herrn Graf:

„Wie wird kontrolliert, dass Broschüren, die durch externe Unternehmen verteilt werden, tatsächlich ankommen?“

Antwort der Verwaltung:

„Diese Frage haben wir an das Bergische Handelsblatt gerichtet, das wie folgt geantwortet hat:

Wenn keine Kontrollberichte beantragt werden, finden im gesamten Verteilgebiet des Bergischen Handelsblattes Stichprobenkontrollen statt. In den Stichproben wird in erster Linie die Zustellung des Anzeigenblattes überprüft – wenn möglich, werden auch die Beilagen überprüft. Das Ergebnis wird uns dann – meist auf elektronischem Weg – von den Vertriebsinspektoren übermittelt. Unsere Stichprobenkontrollen erfolgen teils als Sichtkontrollen vor Ort und teils als persönliche Befragungen (sowohl telefonisch als auch vor Ort). Wenn das Bergische Handelsblatt explizit für eine Beilage Kontrollaussagen einholen soll, werden nur die Adressen zurückgemeldet, in denen ausdrücklich zur Zustellung der entsprechenden Beilage eine Aussage getätigt werden kann.“

Nachfrage von Herrn Graf:

„Warum hat das nicht funktioniert?“

Antwort von Herrn Urbach:

„Das ist eine ganz andere Frage. Weiter.“

Nachfrage von Herrn Graf:

„Also erst mal keine Antwort. Kommt die schriftlich?“

Antwort von Herrn Urbach:

„Das sehen wir dann.“

5. Frage von Herrn Graf:

„Wieso wird man durch die Weltgeschichte geschickt, um die Broschüre abzuholen? Erst wurde gesagt, sie wird mir zugesendet, dann wurde gesagt, ich kann sie im Rathaus abholen, dann soll ich sie bei Ihnen im Büro abholen, und dann kam sie doch zugesendet.“

Antwort der Verwaltung:

„Wir sind ein Dienstleister, deshalb sind Sie nicht durch die Weltgeschichte geschickt worden, und am Ende haben wir Ihnen die Broschüre zugeschickt, damit Sie sie haben.“

Anmerkung von Herrn Graf:

„Nach gut zweieinhalb Monaten.“

6. Frage von Herrn Graf:

„Wieso muss man sich von Mitarbeitern der Stadt öffentlich beschimpfen lassen?“

Antwort der Verwaltung:

„Ich kann weder eine Vernachlässigung der Sorgfaltspflicht, noch eine Beschimpfung erkennen.“

7. Frage von Herrn Graf:

„Wieso verbreitet Ihr Büroleiter Lügen und Unterstellungen über mich auf der Facebookseite der Stadt Bergisch Gladbach?“

Antwort der Verwaltung:

„Auch Lügen oder Unterstellungen betreffend Ihre Person durch meinen Büroleiter im Internet auf Facebook kann ich nicht erkennen.“

Einwand von Herrn Graf:

„Sie haben sie aber schriftlich vorliegen.“

Ordnungsruf von Herrn Urbach:

„Wir wollen nicht diskutieren, Herr Graf. Das ist eine Einwohnerfragestunde.“

8. Frage von Herrn Graf:

„Werden Sie Ihren Büroleiter zur Richtigstellung auffordern?“

Antwort der Verwaltung:

„Nein.“

9. Frage von Herrn Graf:

„Haben die Mitarbeiter der Verwaltung, die die Facebookseite verwalten, eine Schulung im Bereich Social Media?“

Antwort der Verwaltung:

„Die Kolleginnen und Kollegen sind von einer Fachfirma im Vorfeld geschult worden.“

10. Frage von Herrn Graf:

„Was will die Stadt unternehmen, dass ich nicht mehr durch Verwaltungsmitarbeiter öffentlich angefeindet werde?“

Antwort der Verwaltung:

„Da es weder Anfeindungen noch Unterstellungen gab, sehe ich keinen Handlungsbedarf.“

Einwand von Herrn Graf:

„Da habe ich andere Beweismittel.“

Ordnungsruf von Herrn Urbach:

„Frage 11!“

11. Frage von Herrn Graf:

„Gibt es weitere Fälle, in denen die Stadt Bergisch Gladbach andere Leute pampig behandelt bzw. angefeindet hat?“

Antwort der Verwaltung:

„Es gab bisher keinen solchen Fall und auch keine weiteren.“

Aufforderung von Herrn Graf:

„Dann müssen Sie mal auf der Facebookseite...“

Ordnungsruf von Herrn Urbach:

„Hören Sie doch auf zu diskutieren. Das ist die Fragestunde.“

Antwort von Herrn Graf:

„Ja, ich gebe ja nur einen Hinweis.“

12. Frage von Herrn Graf (im Anschreiben Nr. 13):

„Wie werden die Qualität und der Service über die Facebookseite überwacht?“

Antwort der Verwaltung:

„Es gibt eine Verantwortliche für den Inhalt der Facebookseiten.“

Weitere Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Herr Urbach erklärt, es liege außerdem eine Einwohnerfrage von Herrn Hoffmann vor. Herr Hoffmann verliest seine Fragen, und Herr Urbach beantwortet diese wie folgt:

1. Frage von Herrn Hoffmann:

„In Köln ist für Bürger die Annahme einer Biotonne freiwillig. Ist das in Bergisch Gladbach auch so?“

Antwort der Verwaltung:

„Die Nutzung einer für das Gebiet angebotenen Biotonne ist weder in Köln, noch in Bergisch Gladbach freiwillig. Auch organische Abfälle unterliegen dem Anschluss- und Benutzungszwang. Eine Ausnahme besteht in beiden Städten für den Fall der Verwertung auf eigenem Grundstück (Eigenkompostierung).“

2. Frage von Herrn Hoffmann:

„Wäre es nicht billiger gewesen, das Schulgebäude ‚Saaler Mühle‘ komplett abzureißen und neu zu bauen?“

Antwort der Verwaltung:

„Nein.“

3. Frage von Herrn Hoffmann:

„Hat bei der Erweiterung der Psychosomatischen Klinik am Schlodderdicher Weg in einem Naturschutzgebiet der Landschaftsbeirat des Rheinisch-Bergischen Kreises schon zugestimmt?“

Antwort der Verwaltung:

„Nein.“

4. Frage von Herrn Hoffmann:

„Steht das Kriegerdenkmal am Deutschen Platz unter Denkmalschutz?“

Antwort der Verwaltung:

„Nein.“

5. Frage von Herrn Hoffmann:

„Warum wird nicht in Bergisch Gladbach der Toten der Bundeswehr nach dem 2. Weltkrieg gedacht?“

Antwort der Verwaltung:

„Derer wird gedacht. Zum Volkstrauertag veranstaltet die Stadt Bergisch Gladbach zusammen mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Ortsverband Bergisch Gladbach, traditionell eine Gedenkveranstaltung, bei der an die Opfer von Krieg, Vertreibung und Gewaltherrschaft erinnert wird. Darin sind auch die Toten der Bundeswehr nach dem Zweiten Weltkrieg eingeschlossen. Die Veranstaltung hat vier Örtlichkeiten, die von Jahr zu Jahr wechseln. Es gibt die drei Ehrenmäler auf den Friedhöfen Refrath, Bensberg und Bergisch Gladbach sowie ein Gedenkmal im Park der Villa Zanders.“

6. Frage von Herrn Hoffmann:

„Werden durch die Zäune an der GGS Wittenbergstraße, der KGS An der Steinbreche und der Förderschule am Mohnweg die jungen Partyleute wie Vieh durch Refrath getrieben?“

Antwort der Verwaltung:

„Nein.“

7. Frage von Herrn Hoffmann:

„Hat die Stadt Bergisch Gladbach im Gegensatz zur Stadt Overath die Vergnügungssteuersatzung nach dem 13.07.2011 ein zweites Mal geändert?“

Antwort der Verwaltung:

„Nein.“

8. Frage von Herrn Hoffmann:

„Kann die Stadt Bergisch Gladbach nach den Firmensteuersenkungen in Amerika und Frankreich auch hier die Gewerbesteuer senken?“

Antwort der Verwaltung:

„Die Entscheidung über die Höhe des Gewerbesteuerhebesatzes trifft der Rat der Stadt Bergisch Gladbach.“

9. Frage von Herrn Hoffmann:

„Gibt es beim Haushalt der Stadt Bergisch Gladbach so etwas wie Kostendisziplin?“

Antwort der Verwaltung:

„Ja, sowohl in der Planung als auch in der Ausführung des Haushalts.“

10. Frage von Herrn Hoffmann:

„Entsteht durch das Altlastenrisiko beim Kauf der Zanders-Grundstücke durch die Stadt Bergisch Gladbach ein völlig unkalkulierbares Risiko?“

Antwort der Verwaltung:

„Nein.“

11. Frage von Herrn Hoffmann:

„Wie versucht die Stadt Bergisch Gladbach zu verhindern, dass die neuen orange/schwarzfarbenen Hinweisschilder von Schrottsammlern und Hobbykellersammlern geklaut werden?“

Antwort der Verwaltung:

„Alle Bergisch Gladbacher Bürger (und nicht nur diese) wissen, dass man Ortsschilder und andere Verkehrszeichen nicht klauen darf. Für ehrliche Sammler bieten wir daher die alten Ortstafeln zum Verkauf an.“

12. Frage von Herrn Hoffmann:

„Ist es nicht schon seit Jahren gang und gäbe, dass in der Bergisch Gladbacher Fußgängerzone Fahrrad gefahren wird?“

Antwort der Verwaltung:

„Ja, es ist aber verboten gewesen.“

13. Frage von Herrn Hoffmann:

„Sind in Bergisch Gladbach auch Immobilien von Ratsmitgliedern zur Flüchtlingsunterbringung gemietet worden?“

Antwort der Verwaltung:

„Das ist uns nicht erinnerlich.“

14. Frage von Herrn Hoffmann:

„Warum ist die Stadt Bergisch Gladbach nicht in der Lage, sich mit der auf dem Deutschen Platz dargestellten Dolchstoßlegende auseinander zu setzen?“

Antwort der Verwaltung:

„Eine historische Auseinandersetzung mit dem Ehrenmal für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges auf dem Deutschen Platz in Bensberg hat das Stadtarchiv Bergisch Gladbach 1997 in Band 4 der „Beiträge zur Geschichte der Stadt Bergisch Gladbach“ unter dem Titel „Ehrenmal und Ärgernis. Schüler erforschen Bergisch Gladbacher Kriegsdenkmäler“ veröffentlicht.“

Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Die Mitglieder des Rates nehmen die vorgetragenen Einwohnerfragen und die Antworten der Verwaltung zur Kenntnis.

13. Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten der Stadt Bergisch Gladbach, hier: Vertretung der Stadt in der Verbandsversammlung des Strundeverbandes
0083/2018

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Herr Jens Hämmerling wird als zweite Stellvertretung des Vertreters der Stadt Bergisch Gladbach in der Verbandsversammlung des Strundeverbandes, Herrn Michael Kremer, bestellt.

14. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

14.1. Antrag der SPD-Fraktion vom 19.04.2018 (eingegangen am 19.04.2018) auf Umbesetzung in Ausschüssen
0156/2018

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der SPD-Fraktion zur Umbesetzung im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW sowie im Ausschuss für Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr wird beschlossen.

14.2. Antrag der FDP-Fraktion vom 23.04.2018 (eingegangen am 23.04.2018) auf Umbesetzung in Ausschüssen
0157/2018

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der FDP-Fraktion zur Umbesetzung im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport sowie im Flächennutzungsplanausschuss wird beschlossen.

14.3. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 19.03.2018 (eingegangen am 24.04.2018) auf Umbesetzung in Ausschüssen
0159/2018

Herr Urbach weist darauf hin, dass eine getrennte Beschlussfassung über den Antrag erforderlich sei, da über die Verlängerung der Liste der Stellvertretungen der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN im Rechnungsprüfungsausschuss separat abzustimmen sei.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Umbesetzung im Haupt- und Finanzausschuss, Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann, Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW, Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport, Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss, Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr, Flächennutzungsplanausschuss sowie im Rechnungsprüfungsausschuss – mit Ausnahme der Verlängerung der Liste der Stellvertretungen ihrer Fraktion im Rechnungsprüfungsausschuss - wird beschlossen.

Sodann fasst der Rat einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN zur Verlängerung der Liste der Stellvertretungen ihrer Fraktion im Rechnungsprüfungsausschuss wird beschlossen.

14.4. Antrag der CDU-Fraktion vom 24.04.2018 (eingegangen am 24.04.2018) auf Umbesetzung in Ausschüssen
0161/2018

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der CDU-Fraktion zur Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss wird beschlossen.

14.5. Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 28.04.2018 (eingegangen am 30.04.2018) auf Umbesetzung in Ausschüssen

Der Rat fasst mehrheitlich gegen Herrn Santillán folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL zur Umbesetzung im Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann, im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO NRW, im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport, im Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss, im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr und im Flächennutzungsplanausschuss wird beschlossen.

15. Anträge der Fraktionen

15.1. Antrag der FDP-Fraktion vom 23.04.2018 (eingegangen am 23.04.2018) "Kinderbetreuung verbessern - Betreuungsvielfalt und Flexibilität ausbauen!"
0158/2018

Herr Urbach erläutert, die Verwaltung schlage vor, den Antrag an den Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann und an den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport zur Beratung und an den Jugendhilfeausschuss zur Entscheidung zu überweisen.

Herr Krell ist mit diesem Verfahrensvorschlag einverstanden. Er bittet darum, dass das Thema zur Entscheidung im Rat behandelt werden möge.

Herr Urbach weist darauf hin, nach der Zuständigkeitsordnung gehöre das Thema nicht in den Rat, dies könne aber in den Fachausschüssen thematisiert werden.

Der Rat fasst einstimmig bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der FDP-Fraktion vom 23.04.2018 (eingegangen am 24.04.2018) „Kinderbetreuung verbessern - Betreuungsvielfalt und Flexibilität ausbauen“ wird ohne Aussprache zur Beratung an den Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann sowie an den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport und zur Entscheidung an den Jugendhilfeausschuss überwiesen.

15.2. Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vom 23.04.2018 (eingegangen am 24.04.2018) "Heimatsförderung"
0160/2018

Herr Urbach erläutert, ein Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN habe wegen fehlender Unterschriften nicht als Tischvorlage verteilt werden können.

Frau Schundau begrüßt den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion und beantragt eine Ergänzung desselben um Prüfung, ob weitere Projekte für eine Förderung durch das Heimatsförderungsprogramm oder andere Programme in Betracht kommen, insbesondere der Sportpark Katterbach und das Bergische Museum. Der Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Waldschmidt und Herr Buchen erklären sich mit der Ergänzung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu dem ursprünglichen Antrag einverstanden.

Der Rat fasst einstimmig folgenden – im Vergleich zur Vorlage - geänderten **Beschluss**:

Der gemeinsame Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vom 24.04.2018 (eingegangen am 24.04.2018) „Heimatsförderung“ sowie der ergänzende Antrag zur Sache der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 07.05.2018 werden vor einer abschließenden Beschlussfassung im Rat ohne Aussprache zur Beratung an den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport sowie an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

16. Anfragen der Ratsmitglieder

Herr Dr. Metten: Anfrage zu Herrn Schütz

Herr Dr. Metten fragt nach dem Verbleib von Herrn Schütz. Dieser habe in der letzten Sitzung des Rates im Jahr 2017 seinen Rücktritt zum Jahresanfang 2018 angekündigt und sei seitdem nicht wieder zu einer Sitzung erschienen. Herr Dr. Metten fragt, ob es ein Verfahren gebe, ob Herr Schütz noch in Bergisch Gladbach wohne und ob er noch eine Aufwandsentschädigung erhalte. Herr Urbach antwortet, Herr Schütz sei nach wie vor in Bergisch Gladbach gemeldet.

Herr Samirae: Anfrage zu Parkmöglichkeiten am historischen Rathaus

Herr Samirae fragt, wie hoch die jährlichen Einnahmen an Parkgebühren am Charly-Vollmann-Platz seien. Da der Parkdruck dort steige, fragt er, ob und mit welchen Kosten das Gebäude des ehemaligen Imbisses auf dem Nachbargrundstück abgerissen und eine weitere Parkfläche hergestellt werden könne.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Frage Herrn Samirae.

Herr Samirae: Anfrage zum Schwimmbad Mohnweg

Herr Samirae berichtet, auf dem Gelände der neben dem Schwimmbad liegenden Schule Mohnweg seien Kollegen der Abteilung 8-65 - Hochbau gesehen worden, die den Standort des Sportplatzes für den geplanten Neubau überprüft hätten. Das Ergebnis sei weder ihm noch dem Kämmerer bekannt. Er bittet um schriftliche Auskunft darüber, was genau durch wen geprüft worden sei.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Frage Herrn Samirae.

Das Antwortschreiben an Herrn Samirae ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Samirae: Anfrage zur Live-Übertragung von Rats- und Ausschuss-Sitzungen

Herr Samirae bittet um eine Kostenschätzung für die Live-Übertragung der Sitzungen des Rates und der Ausschüsse. Durch eine Übertragung könnten auch Bürger, denen eine Anwesenheit bei einer Sitzung unmöglich sei, diese verfolgen.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Frage Herrn Samirae.
Das Antwortschreiben ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Samirae: Anfrage zum Projekt SMART

Herr Samirae erläutert, er habe von dem ehemaligen Kämmerer Herrn Mumdey erfahren, das Projekt SMART habe hohe Beratungskosten verursacht. Es sei eine Beratung durch einen ehemaligen Bürgermeister der Stadt Monheim erfolgt, bis es zu einer Überwerfung mit dem Verwaltungsvorstand gekommen sei. Dies hätte Kosten in Höhe einer teuren Eigentumswohnung verursacht. Der ehemalige Monheimer Bürgermeister habe das Projekt jedoch nicht zu Ende führen können, und deshalb sei das Beratungsunternehmen Lenz und Johlen Rechtsanwälte Partnerschaft mbB beauftragt worden. Herr Samirae fragt, welche zusätzlichen Kosten beim Projekt SMART durch den Wechsel des Beraters entstanden seien und noch entstünden.

Herr Urbach wendet ein, einige von Herrn Samirae Angaben entsprächen nicht der Wahrheit.
Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Fragen Herrn Samirae.

Herr Urbach schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:55 Uhr.